

Hartwig Löger
Bundesminister für Finanzen

Johannesgasse 5, 1010 Wien

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BMF-310205/0061-GS/VB/2019

Wien, 27. Mai 2019

Sehr geehrter Herr Präsident!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 3208/J vom 28. März 2019 der Abgeordneten Petra Bayr, Kolleginnen und Kollegen beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Prognoseszenarios 2017-2022 (im Juli 2017) gab es ein gültiges bis Ende Oktober 2018 laufendes Abkommen zwischen dem Sudan und dem Südsudan, die sogenannte Zero-Option, die besagte, dass der Sudan die gesamten Schulden des Sudan und Südsudan übernimmt, um dann im Rahmen der vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank initiierten HIPC-Initiative (Heavily Indebted Poor Country-Initiative) eine Entschuldung dieser Verbindlichkeiten unter der Voraussetzung der Erfüllung bestimmter Kriterien anzustreben.

Zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung war damit mit der Zero-Option die Basis für eine Entschuldung des Sudans durch die im Pariser Club vereinte staatliche Gläubigergemeinschaft des Sudans gegeben und die Annahme, dass die weiteren erforderlichen Kriterien für eine Entschuldung des Sudans in den Jahren 2018 – 2020 erfüllt würden, war durchaus plausibel.

Wie schwierig beim Sudan eine Prognose zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung und damit zur ODA-anrechenbaren Entschuldung ist, zeigen gerade die aktuellen Entwicklungen im Sudan. War noch bis vor kurzem klar, dass aufgrund der dramatisch verschlechterten innenpolitischen und humanitären Situation im Sudan eine Entschuldung unmittelbar kaum möglich ist, so kann dies zur Unterstützung des Transformationsprozesses durchaus kurzfristig notwendig werden.

Dass das Bundesministerium für Finanzen (BMF) die Empfehlungen des DAC in diesem Zusammenhang ernst nimmt, zeigt das Beispiel Kuba, bei dem die ODA-anrechenbaren Schuldenerleichterungen erst nach Abschluss der multilateralen Regelung in das Prognoseszenario aufgenommen wurden.

Zu 2.:

Das BMF leistete bereits in der Vergangenheit einen überdurchschnittlich hohen Anteil zur Finanzierung von LDCs. Es verausgabte von 2007 bis inkl. 2017 für die IFIs 2.655 Mio. Euro, davon 1.714 Mio. Euro für deren weiche Fenster. Die weichen Fenster bedienen zum überwiegenden Großteil LDCs. Das größte weiche Fenster, die zur Weltbankgruppe gehörende International Development Association (IDA), finanziert nur folgende Nicht-LDCs: Congo, Cote d'Ivoire (post conflict), Ghana, Guyana, Honduras, Kosovo, Malediven (small island state), Marshall Islands (small island state), Micronesia (small island state), Nicaragua, Syrien (conflict), Tonga (small island state), Tajikistan und Uzbekistan. Darüber hinaus werden folgende Länder mit Mischfinanzierungen von IDA und IBRD versehen: Domenica (small island state), Grenada (small island state), Kenya, Moldova, Mongolia, Nigeria, Pakistan, Papua New Guinea (small island state), St. Lucia (small island state), St. Vincent and the Grenadines (small island state), Timor-Leste (post conflict) und Uzbekistan. Alle übrigen Länder sind LDCs.

Noch deutlicher ist die Situation im Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfEF).

Der Asiatische Entwicklungsfonds (AsEF) ist zu einer reinen Grant-Facility geworden, der die verbleibenden asiatischen LDCs sowie die Small Island States des Pazifiks mit Grants bedient. Hoch-konzessionelle Kredite an diese Staatengruppe, die eine ähnliche Konzessionalität aufweisen wie IDA und AfEF, werden von der Asiatischen Entwicklungsbank selbst finanziert. Dort geht also die hochkonzessionelle Finanzierung der LDCs über das weiche Fenster hinaus.

Darüber hinaus muss betont werden, dass die von den weichen Fenstern der IFIs bedienten Nicht-LDCs bzw. Mischfinanzierungsländer ihrerseits zu einem großen Teil (Post) Conflict

Countries oder Small Island States sind, die aufgrund ihrer spezifischen Lage laut internationalen Vereinbarungen in der Regel in den Genuss konzessioneller Finanzierung kommen sollen.

Das bedeutet, dass die oben angegebene Summe über den Zehnjahreszeitraum de-facto zu 95 % für LDCs laut DAC-Liste oder LDC-Äquivalente ausgegeben wurde. Dies stellt für den Zeitraum von 2007 bis 2017 63,3 % der gesamten Ausgaben für IFIs dar.

Würde man den ebenfalls vom BMF finanzierten EEF dazurechnen (2007 – 2017 920 Mio. Euro), würde sich der LDC-Anteil weiter erhöhen, denn die AKP-Staaten setzen sich ebenfalls weitestgehend aus LDCs und kleinen Inselstaaten zusammen.

Das BMF ist bestrebt, seine Beiträge zu den weichen Fenstern der IFIs nach Maßgabe der budgetären Möglichkeiten zu halten.

Der Bundesminister:

Hartwig Löger

Elektronisch gefertigt

